Zur Sitzung des Ausschusses SSK vom 14.11.2012

Zum Protokoll, TOP 5.1

Beschlussvorschlag 01282/2012

Kasseneinnahmereste der Landeshauptstadt

Herr Jähnig schlägt seitens der Antragsteller vor, den Beschlussvorschlag insgesamt in einen Prüfauftrag umzuwandeln und neben dem Punkt 1, der bereits als Prüfauftrag formuliert ist, auch Punkt 2 entsprechend zu ändern.

Frau Schwabe erklärt, dass seitens der Volkshochschule an einer neuen Gebühren- und Honorarordnung gearbeitet werde, die bis Juni nächsten Jahres fertiggestellt werden solle. In diesem Zusammenhang sei ohnehin eine Prüfung der Modalität der Vereinnahmung der Gebühren vorgesehen, was mit dem im Punkt zwei zu erteilenden Prüfauftrag korrespondiere. Insofern sähe sie es als sinnvoll an, beides zu kombinieren und bittet um eine entsprechende Terminsetzung.

Da auch Herr Gersuny erklärt in diesem Jahr aufgrund anderer wichtiger Aufgaben keine Kapazitäten für eine Prüfung und die Erarbeitung eines Entscheidungsvorschlags gemäß Punkt 1 der Beschlussvorlage bereitstellen könne, bittet er, die in Punkt 1 genannte Frist zu verlängern.

Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden und die Beschlussvorlage wird wie folgt formuliert:

1.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für das Forderungsmanagement der Landeshauptstadt die Einbindung externer Partner zu prüfen und der Stadtvertretung bis zum 30.04.2013 einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen. Ziel ist die zeitnahe Vereinnahmung von Außenständen.

2.

Für städtische Angebote an der Volkshochschule und am Konservatorium, für die Entgelte oder Gebühren anfallen, ist zu prüfen, ob diese Einnahmen vor der Inanspruchnahme der Leistung erhoben werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist in Zusammenhang mit der neuen Gebührenordnung der Volkshochschule bis spätestens Juni 2013 vorzulegen.